

Die mit neuem urkundlicher Beweismaterial versehene Antwortnote stellt zunächst fest, daß die Konferenz das von der deutschen Regierung vorgelegte Material nur unvollständig und die von der Bevölkerung selbst erhobenen Beschwerden überhaupt nicht berücksichtigt. Ferner, daß die Konferenz von unzutreffender Rechtsauffassung und falschen Informationen ausgeht. Die Note führt fort:

Die Deutsche Regierung muß der Behauptung, daß die Bewohner von Eupen und Malmedy, die von ihrem Stimme-recht Gebrauch machen, keinerlei Vergeltungsmöglichkeiten ausgesetzt sind, entschieden widersprechen. Es ist unumstößliche Tatsache, daß die belgischen Behörden sich der Verhältnisstellung der Bevölkerung schuldig machen. Zwar hat der belgische Bevölkerung zugesichert, daß niemand wegen seiner Abstimmung bestraft werden soll, aber die belgischen Behörden handeln nicht nach dieser Zusicherung. Diese ist auch der Bevölkerung niemals mitgeteilt worden. Selbst wenn dies geschehen wäre, würde die Bevölkerung ihr nicht Glauben schenken.

Es ist Tatsache, daß die Bewohner von Eupen und Malmedy infolge des Verhaltens der belgischen Behörden der Ansicht sind, daß jeder, der sich in die Listen einträgt läßt, über kurz oder lang ausgewiesen wird. Deshalb wagt es keiner, abzustimmen. So erklärt es sich, daß jetzt, nachdem die Abstimmungsfrist fast abgelaufen ist, kaum ein Prozent der Stimmberechtigten sich hat eintragen lassen. Die deutsche Regierung stellt hingegen fest, daß das Ergebnis der Volksbefragung nicht als Ausdruck des Willens der Bevölkerung angesehen werden kann. Sie hält ihren Protest auf das Bestimmteste aufrecht und spricht die Erwartung aus, daß Änderungsmaßnahmen getroffen werden, die eine freie Willensäußerung der Bevölkerung, entsprechend dem Friedensvertrag und den Zusicherungen der alliierten Mächte, ermöglichen.

Die Note schließt: Die alliierten Mächte sprechen am Schlus die Erwartung aus, daß Deutschland alles vermeiden werde, was als Versuch einer Fälschung der Volksbefragung gedeutet werden kann. Die deutsche Regierung vermag nicht zu ersehen, was mit dieser Bemerkung gemeint ist, weiß aber jede Verdächtigung, die darin liegen sollte, zurück. Sie muß ihrerseits darauf aufmerksam machen, daß in den Kreisen Eupen und Malmedy belgische Agenten, wie der belgische Kriminalkommissar Trepaillez, unter dem Namen Freiherr von Zedlitz, von Plateau, Rothenberg und Dr. Krause, mit gefälschten Ausweispapieren und mit der Angabe, sie kämen im Auftrage der deutschen Regierung, als Agenten provocateurs tätig sind.

Ebert beim Deutschen Schutzbund.

Mz. Berlin, 11. Juli. Reichspräsident Ebert hörte im Schlosse Bellevue beim Deutschen Schutzbund den Vortrag des Leiters der Abteilung für Volksabstimmung und nahm Einblick in die Gesamtorganisation. Nach einem Rundgang durch die Bürosäume hielt der Reichspräsident folgende Ansprache an die Mitarbeiter des Deutschen Schutzbundes: „Meine Herren! Es ist mir eine angenehme Pflicht, um ausdrückliche Freude Ihnen meine warme Anerkennung und den herzlichsten Dank des Vaterlandes auszusprechen für Ihre aufwändige, mühselige Tätigkeit. Es ist Ihnen gelungen, für Ihre Zwecke eine umfassende, seingegliederte Organisation zu schaffen, zu der ich Sie und uns alle beglückwünschen kann. Sie haben in mühevoller Arbeit in allen Teilen Deutschlands Abstimmungsberechtigte gesammelt und Sie zu Land und Wasser in die Abstimmungsgebiete befördert. Wenn Ihnen auch die Verhältnisse im Reiche glücklichweise gehoben sind, waren doch bei dem Mangel unserer Transportmittel und den schlechten Verbindungen mit dem Abstimmungsgebiet die Schwierigkeiten zu überwinden. Schon gezeigt habe ich mich zu hören, daß Sie auch bemüht waren, den Abstimmungsberechtigten durch wirtschaftliche und soziale Hilfe die Reise in Ihre Heimat zu ermöglichen. Besondere Rücksicht sind Ihnen wohl in leichter Stunde dadurch erwachsen, daß die Polen nichts untersucht ließen, um Ihre Arbeit zu durchkreuzen. Umso mehr verdanken Sie die Arbeiten Ihrer Organisation große Anerkennung und Bewunderung. Den schönen Lohn für Ihre ehrgeizige, da teidliche Tätigkeit wird Ihnen der nächste Sonntag bringen. Zuversichtlich hoffe ich, daß in dem Abstimmungsgebiet Sonntag die deutsche Sache triumphiert, daß diese Gebiete durch Ihr treues Bekenntnis zum Deutschen Vaterland auf immer mit Deutschland verbunden bleiben. Weitere Arbeit wartet Ihnen. Sie wollen auch für die spätere Abstimmung in Übertheilen Ihre Organisation zur Verfügung stellen. Wäge auch dort Ihre Arbeit, ein schöner Lohn werden. Auftakt und Erfolg freuen werden Sie es sicher nicht fehlen lassen. W. E. Sie auch

dort das Bekenntnis zum Deutschen, wie ich bestimmt hoffe, dann dürfen Sie mit gutem Recht für sich in Andenken an Ihren Vaterlande in schwerster Not, die treu- und wackeren Dienste geleistet zu haben! Hochwahr, herzlichsten Dank und Glück zur Weiterarbeit!“ Der Vorsitzende des Deutschen Schutzbundes, Staatssekretär a. D. von Vindequist, dankte dem Reichspräsidenten und betonte, daß der Deutsche Schutzbund auch für Übertheilen alle Kraft einzehen werde, um dieses deutsche Land dem Reiche zu erhalten.

Der Danziger Verfassungsausschuss.

Mz. Danzig, 11. Juli. Der Verfassungsausschuss der Reichsgebietes der Versammlung hat die Abstimmung des Entwurfs über Senat, Gesetzgebung, Verwaltung und Kommunalverbände sowie die Schluss- und Übergangs-Kommunen erledigt und damit die erste Sitzung des Verfassungsausschusses beendet. Von den beschloßenen Änderungen im Abschnitt Senat ist hervorzuheben, daß der Senat aus acht hauptamtlichen Senatoren, einschließlich des Präsidenten, und 14 nebenamtlichen bestehen soll. Erstere sollen auf 12 Jahre gewählt werden. Sämtliche sind vom Beirat des Volksstages derart abhängig, daß sie zurücktreten müssen, wenn der Volksstag ihnen ein Misstrauensvotum anspricht. Tritt der Senat zurück, so hat er die Reichsliste bis zur Neuwahl fortzuführen. Die Senatorenanfrage wegen schulhafter Verleugnung der Verfassung oder der Geheime ist beibehalten, der Antrag auf Anklageerhebung aber vor der Unterzeichnung eines Bierls der Volksstagsmitglieder abtönig gemacht worden. Nur die hauptamtlichen Senatoren erhalten Gehalt und Anspruch auf Pension und hinterbliebengesetzung, die nebenamtlichen nur Aufwandentschädigung zugeschillt. Der Entwurf hatte allen Senatoren Gehaltsanspruch gewährt. Während bisher den Senatoren die Zugehörigkeit zum Vorstand, Aufsichtsrat oder Verwaltungsrat einer Erwerbsgesellschaft unterlegt war, sieht der jetzige Entwurf vor, daß im Staatsinteresse der Senat die Vereinigung zu solcher Zugehörigkeit erzielen kann. Besonders wurde beworben, daß der Senat die Richtlinien der Politik bestimmt, und die Verantwortung dafür gegenüber dem Volksstag ist gestrichen worden. Neu aufgekommen sind einige Bestimmungen, die sich auf das Finanzwesen beziehen. Hervorzuheben ist darunter, daß im Falle des Kredits Geldmittel nur bei außerordentlichen Bedarf und in der Regel nur für Ausgaben zu verbindlichen Zwecken beschafft werden dürfen; daß Beschlüsse des Volksstages, die Nebenausgaben außerhalb des Staatshaushaltungsweises zur Folge haben, zugleich auch für die Deckung bestimmt treffen müssen. Neu ist ferner die Errichtung einer unabhängigen Rechnungsstelle, welche alle Rechnungen zu prüfen und festzustellen hat, und eines Finanzrats. Zustimmung ist einzuholen zu neuen Steuern, Anleiheaufnahme, Bürgschaftsübernahme und zu Ausgaben, die ohne Deckung sind und für welche Deckung durch Anzeige erfolgen soll. Verweigert der Finanzrat die Zustimmung, so hat der Volksstag nochmals Beschluss zu fassen. Die Zusammenfassung des Finanzrats ist einem besondern Gesetz vorbehalten. Im Abschnitt Kommunalverbände sind ebenfalls Änderungen vorgenommen worden. Das Staatsgebiet zerfällt jetzt in Städte- und Landkreise. Sämtliche Kommunalverbände haben nach Maßgabe besonderer Gesetze Selbstverwaltung unter der Aufsicht des Senats. Die Entstehung ob Tiefen- und Neuteich kreisfreie Städte bilden oder nicht, ist einem besondern Gesetz vorbehalten. Die Stadt Danzig soll zwar als selbständige Gemeinde bestehen bleiben, ihre Angelegenheiten sollen jedoch von Senat und Volksstag geleitet werden. Im Gegensatz zu dem bisherigen Entwurf ist eine besondere Stadtbürgerschaft vorgesehen, über deren Zusammensetzung und Zuständigkeit ein besondres Gesetz ergeben soll.

Die Selbständigkeit der Provinzen.

Mz. Berlin, 11. Juli. Der Verfassungsausschuss der preußischen Landesversammlung erledigte den Abschnitt über die Selbstverwaltung. Dabei kam es zu sehr lebhaften Auseinandersetzungen über die Rechte, die den Provinzen eingeräumt werden sollen. Hierzu lagen drei Anträge vor, vom Zentrum, vom Abgeordneten Dr. Leidig (Deutsche Bp.) und von den Sozialdemokraten. Der sozialdemokratische Antrag sieht vor, daß die Ansicht des Staates mit verbindlich bleibt, und ferner, daß die Provinzen erstens ihre Selbstverwaltungsangelegenheiten erledigen können und zweitens die ihnen als ausführenden Organen des Staates übertragenen Sachen erledigen, soweit nicht besondere soziale Bedürfnisse bestellt seien. Insbesondere hätten sie die

vom Staate überwiesenen Angelegenheiten zu erledigen. Unter Ablehnung des Zentrumsantrages und des Antrage Dr. Leidig, der hier noch eine besondere Zustimmung des Staatsrates vorhat, wurde schließlich der Antrag der Sozialdemokraten einstimmig angenommen. In den grundlegenden Auseinandersetzungen beteiligten sich besonders die Vertreter des Zentrums, Abgeordneten Unterstaatssekretär Lenz und Dr. Bauder. Sie forderten weitgehende Autonomie der Provinzen, die selbständige Teilung der leitenden Beamten usw., während die Sozialdemokraten unter Anerkennung einer weitgehenden Autonomie der Provinzen die Zusammenhaltung d. s. Staatsangelegenheiten betonten. Die Demokraten waren in dieser Frage geteilter Meinung. Außerdem wurde noch ein sozialdemokratischer Antrag angenommen, der die Grundzüge für die Wahlen zur Volksvertretung auf die der Wahlen zu den Provinzial-, Kreis- und Gemeindevertretungen übertrug. Zur Sprachenfrage wurde ein Antrag angenommen, der als Geschäfts- und AmtsSprache die deutsche Sprache vorstellt den Provinzialverwaltungen über das Recht zugelehrt. Provinzialstaaten über die Zulassung einer andern AmtsSprache neben der deutschen in den gemischtsprachigen Provinzen und über eine andre Unterrichtssprache neben der deutschen für fremdsprachige Volksteile zu erlassen, wobei für den Schutz deutscher Minderheiten weitreichende Fürsorge zu treffen ist.

Der Boykott Ungarns.

Mz. Wien, 11. Juli. In der Angelegenheit des Boykotts gegen Ungarn zeigte auch die neue Regierung die leinerlei Anteilnahme. Die Arbeit-Land-Liste des Boykotts unterdrückt fort und ist sogar bereit, die von Auszustand angesündigten Verhärtingen durchzuführen. Nach dem sozialdemokratischen Wiener Mittag haben sie außerdem die Befreiung gegen die nationalgesetzliche Beamtenhaft dazu benötigt, um die trotz Einstellung ihres Streiks gegen den Boykott auf der Ostbahn durch Terror vom Dienst fernzuhalten. Worum geradezu bolschewistische Zustände bei dieser entstanden seien die Menschenleben, Städte und Güter gelöscht seien. Zu einem Vertreter der Reichspost äußerte sich der hiesige ungarische Gesandte Dr. Gratz dahin, daß in Ungarn von einer Wirkung des Boykotts nichts zu hören sei und erst nach monatelanger Dauer werde geplätszt werden können. Die Vertreter würden dann aber die ungarischen Arbeiter sein, infolge des Ausbleibens der Arbeit und der dadurch notwendig werdenden Betriebsstillstellungen. Welche Verhärtingen infolge des Boykotts der Gewerkschaftsbund plane, erscheine unerhörtlich. Ungarn eintet als Vergeltung die völlige Grenzperre an im Personenverkehr verhindert habe. Nur die im Grenzgebiet begüterten österreichischen Landwirte hätten auf seine Verhärting Erlaubnis zur Grenzüberschreitung für ihre landwirtschaftlichen Arbeiten erhalten.

Deutschland.

Die Österreicher. Der Deutsche Schutzbund sagt: „Bis zum 8. Juli vormittags sind über die Sechzehn Städte und Swinemünde seit Beginn der Transportverweigerung 81 000 stimmberechtigte, Ost- und Westpreußen in ihre Heimat abgesiedelt worden, eine Höchstleistung, die bei weniger günstigem Wetter nicht zu erreichen gewesen wäre. Unter Einschaltung von 35 000 stimmberechtigten aus dem Provinzialgebiet Danzig und aus den nicht abstimmbenden Teile Ostpreußen werden insgesamt 35 000 bis 40 000 Polen, Litauer und Juden bis 115 000 Preußen in die Abstimmungsgebiete gebracht werden. Die schwierige Verkehrsbehinderung durch die Polen auf dem Wege durch den polnischen Korridor hält an. Am 7. Juli müssen gegen 3500 Polen zu auf den Seeweg umgesiedelt werden; nur 1880 waren mit Papieren versehen, die den Polen durchaus nichts auszugeben konnten. Neben Tilsit und Swinemünde sind allein am 7. Juli 130 stimmberechtigte bestört worden. Der vor einigen Tagen von den Ermländern polnischer Muttersprache unter der Partei „Von Warschau und ihr Ostpreußen“ im Allenstein, W. Abstimmungsgebiet gegründete Bund zur Erhaltung des Ermlands hat an den deutschen Reichs- und Staatskommissar für das Ermland Abstimmungsgebiet Danzig v. Warschau einen Schrift verfertigt, in dem er sich für Erhaltung des Ermlands ausdrückt, dagegen Garantien für die Wahrung der besonderen Interessen, die Freiheit der Person, des Glaubens und der Sprache des polnischen Volkes durch die Verordnung des Deutschen Reiches fordert. Der Reichskommissar hat auf die Bunde geantwortet, er arbeite schon lange an der Abänderung der Verhältnisse. Die Reichs- und Staatsregierung sieht auf dem Standpunkt, daß nach der Abstimmung jeder Bürger polnischer Muttersprache alle durch die Reichsverfassung von

Fremdes Reich.

Roman von E. Tressel

Abdruck verboten

War das ein Lärm, ein Gelaufe, mitunter selbst ein Geräusche. Wie eine horde Wilder rannte die losgelassene Schuljugend, das heißt, die in dem tumultuarischen Anabendalter von neun bis dreizehn stehende, aus dem Gymnasialzwinger in die ersehnte Freiheit hinaus.

Nicht türmerte sie. Weder das Schimpfen angekämpelter Philister, die, ihrer eigenen, leineswegs engelhaften Jugend vergessend, etwas von Juchtsigkeit und fehlender Aufsichtspolizei brummten, noch das Er scheinen der nun aus dem Schultor tretenden Lehrer. Ernstige, gesittete Gesichter hatten sie natürlich wie immer, indes, was sie nicht sehen wollten, das sahen sie eben nicht.

Man kannte das. Insgesamt spülten sie sich auf die Mittagszeit. Keiner mochte sich noch knapp vorher den Wagen mit unbefriedigtem Berger verderben. Lieberhaupt, war die breite, freie Straße unter der klaren Oktoberonne zum Rörgeln da? Hierzu hatten sie doch ihre vier dunklen Klassenzwände, und die lagen nun Gott sei Dank hinter allen — allen.

So ging das Gejohle und Gerenne weiter. Die in langem Stillzischen angejammelte überzähige Kraft der Buben mußte sich eben austoben, und der Magistrat hatte ja auch die asphaltierte Straße eigens so herrlich breit und glatt gebaut, damit sie sich ordentlich tummeln könnten, wobei es nicht allzuviel darauf ankam, ob sie von ungefähr manierlichere Fußgänger über den haufen rannten. Warum nich ein einfacher der Übermacht aus?

Gegenüber dem Gymnasium, vor diesem durch die breite Straße und einen buschumstandenen Promenadenweg getrennt, stand ein schönes Haus im modernen Villenstil, der unregelmäßig gesetzte Fenster und allerlei krause Vorprünge, die Ecker, Aliane oder Loggien bildeten, liebte. An einem Erkerfenster des ersten Stockwerks hinter dem Schleier der Tüllstores schaute eine behäbige Matrone dem munteren Treiben draußen erheitert zu.

Über den wilden Jungen, der eben einem Mitschüler die blaue buntveränderte Mütze vom Kopf riss und sie

ihm neckend in anscheinender Kreisweite und doch immer unerreichbar hinhieb, lachte sie jetzt laut auf.

O, sie kannte den hübschen, übermütigen Buben. Der war ihres Hausarztes Sprößling. „Ein heller Kopf,“ hatte Doktor Starke mal von seinem Jungen gesagt, „aber leicht ein Durchgänger.“ No, wofür hat man denn feste Hände. So nen Wildfang nimmt man einfach an die Kandare.“

Und nun, ist das nicht Doktor Starke's Coupe, das da auf den sich nährenden Gymnastikplausch einbiegt? Freilich, der Doktor steigt heraus. Sein May, der bei dem Wagengeratter die Ohren gespitzt, dreht den Kopf, wirft mit einem lauten Hurra die Mütze fort, auf die sich ihr Eigentümer wie ein Stoßogel stürzt, und steigt dem Vater in die Arme.

Der droht zwar dem Schelmen, aber Frau Börner, geistige Ohren vernehmen deutlich, wie dieser lachend schmeichelte: „Ah, Vater, was ist dabei? Die Straße ist ja trocken, ich hab' meine Mütze zehnmal vom Plaster aufzusammeln müssen. Das ist doch bloß ein Ult.“

Darauf legt der Doktor den Arm um seines wilden Jungen Schultern, und beide besteigen in völliger Eintracht den halbenden Wagen.

Doch nun entglitt der Frau ein schwerer Seufzer, ihre heiteren Augen verdunkelten sich.

Sie zog das Taschentuch hervor, barg darin ihr plötzlich tränenerübertrömtes Gesicht, und derart sich irgendwelchen Nummer überlassend, überhörte sie den Eintritt ihres Mannes.

Leise hinter sie tretend, stand er still wartend, daß sie sich von selber beruhige, denn er erriet den Anlaß ihrer wehmütigen Rührung, wußte aber auch, Frau Auguste war im Grunde keine sentimentale Natur. Es gab bei ihr wohl hier und da mal solch einen elementaren Ausbruch weiblicher Weisheit, aber es war eigentlich bloß ein Kotzieren mit dem Leid, das sie im Ernst nur vom Hören sagen konnte. Denn bis auf diesen einen Mangel lebte sie ja gottlob in des Lebens Fülle, und nach solch einem gelegentlichen kleinen Regenschauer war denn auch bald wieder eitel Sonne bei ihr.

Als sie jetzt das Tuch fortsteckte, sagte er, ihr

lächelnd: „Na ja, Gustchen, schön wär's ja, wenn wir paar da drunter hätten.“

Sie nickte bestig. „Hörst, hast du den War gesetzt? Wenn ich mir denke, unsere wären jolches Jungen Sammeln, — in was für Kreise läuft man nicht durch? Kinder. Der Doktor ist ja so weit ein netter Mensch, und doch immer, jozufangen, zehn Schritt vom Leibe. Und geht's mit manchen anderen ähnlich. Das Geld allein ist auch nicht.“ Sie seufzte wieder.

„Na, weißt du, Guste, das ist mir nu schnuppe. Seine Ambitionen habe ich gar nicht. Schuster, bleib bei deinen Leistungen, ist noch immer 'ne goldene Lebensregel, und übrigen bin ich mir selber genug.“

Sie zuckte die Schultern. „Wie du sprichst. Bei uns Männern könnten wir nie ganz andere Stellung behaupten. Das macht sich auf die natürliche Weise, wenn die Kinder da wären, die höhere Schulen besuchten und eisige Freundschaften schlossen. Da könnten wir nun gut halben Dutzend die beste Erziehung geben und leben nicht eins. Doch was hilft alles Wünschen und Klagen. Das Leben ist nu mal unvollkommen. Wir müssen uns schon drin finden, lachende Erben zu hinterlassen. Und dann denn ferne Verwandte, an die nun dehn schwer verdientes, schönes Geld gehen wird, anderes?“

„Kein angenehmer Gedanke, Gustchen. Aber es wird wohl so kommen.“

Der Mann, ein knapper Fünziger, in dessen arbeitsbereicher Würde gelegt, sah mit nachdenklichen Augen in den großen, komfortablen Zimmern rundum. Und nun lachte er: „Jawohl, es ist hübsch geworden bei uns und das nicht viel mehr als zwanzig Jahre her, seit wir in Bremen die kleinen Töpfer anfangen und uns da mit Eisen, Kämmen und Küchen beinaß fürstlich vorfanden. Denn vordem kannte ich ja bloß ne Bodenlammer als Logis, und dir ging's als Pastors Kächin nicht viel anders, wie?“

Fortsetzung folgt.

August 1919 jedem Deutschen gewährleisteten Rechte in vollem Umfang genießen sollte. Daraus ergäbe sich, daß die Freiheit der Person, des Glaubens, der Sprache und des Eigentums nicht angetastet werden dürfe. Ausnahmegesetze irgendwelcher Art gegen politisch-sprechende Bürger würden nicht erlassen werden. Er verweise ausdrücklich auf den Inhalt des Artikels 113 der Reichsverfassung.

Allenstein. 9. Juli. Die Interalliierte Kommission hat infolge der im Lande verbrochenen Gerüchte über politische Truppenansammlungen an der Grenze des Abstimmungsbereiches eine Anfrage an die polnische Regierung gestellt, auf welche diese geantwortet hat, daß si: die Nachricht als völlig unbegründet betrachte.

Politische Rundschau.

Aus dem östlichen Abstimmungsgebiet. Die polnischen Agenten beginnen vielfach ihrem Dienst unterzuwerden. Im Kreise Löben freitzen sie und in Dömitzburg, wo ein polnisches Sekretariat eine Geschäftsstelle haudiert und nur einem Teil der Agenten Abhöre zahlt, haben die Agenten scharf Stellung gegen die Polen genommen und sich in östliches Gefüll zum Deutschtum bekannt. Im Kreise Ruhlande und in Löderode ist der vor dem französischen Kontrollfritzer Stoff neu eingeführte polnische Vorbehalt des Abstimmungsbereiches mit der Liste der Abstimmungsberechtigten ist mehrere Tage nach Polen flüchtig. Auf diese Weise ließen die Polen eine Art der Sabotage. Die Abstimmung wird aber trotzdem möglich sein, weil Duplikate der Liste vorhanden sind. Es liegen auch Nachrichten vor, daß Polen den Abstimmungsberechtigten im Löbauer und Brandenburger Kreis unter schützigen Vorwänden die Befreiung zur Aussicht nach Ausschreien verweigert hat. Die Borkommune verfüllten natürlich die Erregung der Deutschen aufs höchste.

Ein Dokument. In der gefürchteten Sitzung des Stenografen der Abg. Wdte einen Leistungsauftrag ein, der beauftragungsgebende Sten möge an die Parlamente der verbliebenen Mächte einen Aufruf ergehen lassen, um die Volksabstimmung hinauszuschieben. Der Antrag wurde mit sehr bedeutender Mehrheit angenommen. Ferner wurde ein Antrag angenommen, daß die Bewohner der Volksabstimmungsgebiete, die durch das Ergebnis der Volksabstimmung der Republik zu fallen werden, ohne Rücksicht auf ihre Nationalität von der Militärdienstpflicht für acht Jahre frei sein sollen.

Die Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit. Der Ausschuss des Reichstages zur Beratung der Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit hat in mehreren Sitzungen dem Initiativvorschlag der Sozialdemokraten in seinen wesentlichen Punkten zugestimmt. Der erste Artikel spricht die Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit aus. Abgesehen von Strafverschrechen in Friedenszeiten und gegen die an Bord von Kriegsschiffen befindlichen Angehörigen der Reichsmarine soll anstelle des letzten Artikels fortan die Strafe des mittleren Kreises treten. Die Verhaftung ist ebenfalls zulässig, wenn die Aufrechterhaltung der militärischen Disziplin sie erfordert; auf diese Hoff haben die Vorschriften der Untersuchungshaft Anwendung. Aufgenommen wurde ein neuer Artikel über die Anstellung von Verteidigungs- und Marinebeamten, denen Sekretär begegeben werden. Die Anwälte sind richterliche Beamte, die die Beauftragung am Richteramt haben; den Anwälten liegt die Beratung der Rechtschächer in allen Militärsachen und Disziplinarrechtschäften Angelegenheiten ob.

Von der Schweizer Grenze. Das „Schaffhauser Zeitungsbüro“ behauptet, daß der deutschen Abstimmung entlang, besonders in Konstanz und Singen, Tausende von Arbeiterlosen und Unschlüssigen beständig darauf warteten, nach der Aufhebung des schweizerischen Grenzschlusses ungehindert auf unbewegtem Wege in die Schweiz gelangen zu können. Die öffentlichen kommunistischen Versammlungen in Konstanz werden den Fortfall der Einreisebeschränkungen nach dem 24. Juli ausmerksam gemacht. Die „Neue Zürcher Zeitung“ bemerkt dazu, falls diese Nachricht wahr ist, würde sie zur Aufmerksamkeit mahnen.

England und der Internationalismus. In London ist gestern ein britisches Institut für internationale Angelegenheiten gegründet worden. Es handelt sich um die Errichtung einer großen Bibliothek von Werken über internationale Angelegenheiten und die Errichtung von Bibliotheken. Die Einrichtung soll Studienzwecken dienen und gleichzeitig den gesellschaftlichen Verkehr zwischen Journalisten, Politikern und Kaufleuten erleichtern.

Vordon, 6. Juli. (Hof. Wiedenbrück) In einer Versammlung des britischen Instituts für internationale Angelegenheiten sagte Lord Grey gestern, die britische Regierung wolle der Welt klar mitteilen, England sei der Ansicht, daß in Friedenszeiten Geheimverträge ungültig seien. „Ich weiß“, sagte Grey, „habe am Abend einiger Geheimverträge ungenommen, aber das war in Friedenszeiten. Ich möchte vorschlagen daß man als ehrliche Regel der auswärtigen Politik annimmt, daß in Friedenszeiten keine Geheimverträge zu schließen sind. Wenn wir in Zukunft den Weltfrieden aufrechterhalten wollen, müssen wir nicht nur national, sondern auch international denken. Es ist eine der großen Lehren des Krieges, daß nationales Denken ohne internationales Denken großes Unglück herbeiführt. Vor Ausbruch des Weltkrieges dachte man in Deutschland stärker national und weniger international als in einem andern Land der Welt und dies führte die Autokratie herbei.“ Vordon erklärte sich mit den Ausführungen Lord Grey's einverstanden. Der Arbeitersführer Elkes sagte, daß die Arbeiter eine so weit wie möglich gehende Neutralität der auswärtigen Kräfte wünschen.

England und Schweden. Der „Daily Herald“ läßt sich aus Kristiania melden, daß Kristian noch Moskau mit einer Note Lloyd George's gegangen sei, in der dieser vorstelle, daß Russland und England beiderseits die Feindseligkeiten einstellen und sich jeder Propaganda oder jeder Einwirkung in die inneren Angelegenheiten der anderen Seite enthalten sollten. Die Note erwähnt nichts von den von der schwedischen Regierung eingegangenen Schulden, sondern verlangt nur, daß die schwedische Regierung die Schulden für die Waffenlieferungen und die sonst geleisteten Dienste anerkenne.

Neues aus aller Welt.

Der Weg einer Windhose. Aus Neidenburg wird geschrieben: In der Nähe der Stadt Hagenow war ein bestiges Gewitter von einer Windhose begleitet, die nach nur sekundenlangem Wirbel bedeutenden Schaden anrichtete. Die Windhose stieg plötzlich in einer Breite von 30 Metern auf und raste blitzschnell über die Heimatmark, was sie auf ihrem Wege traf, verunstigte sie. Die Dächer der Häuser wurden abgedeckt, die Mauern brachen. Spurlos verschwunden sind eine Anzahl von Obstbäumen, das Heck auf den Wiesen und verschiedene Gartenanlagen. Ein Mann, der sich kämpfhaft an einen Kirschbaum geklammert hatte, wachte mit dem abgedrehten Kirschbaum eine Rüststufe in die Nachbarschaft. Die Gewalt des Windsturmes kostete einen jungen Wasserfischer mit Wasser im Gewicht von über 100 Kilogramm viel zu tun, als er sich auf die Windhose stieg, und schaffte es über

die Baumkronen 50 Meter weit fort. Das Ereignis der Bahn Hagenow-Schwerin war gesperrt, die Windhose hatte starke entwurzelte Eichen darüber geworfen. Haarschnitt die Windhose vor dem Pferde eines Fuhrwerks ab, das nicht mit in den Strudel geraten wurde, während ein danebenstehender Baum entwurzelt wurde.

Berne. 9. Juli. Die Interalliierte Kommission hat infolge der im Lande verbrochenen Gerüchte über politische Truppenansammlungen an der Grenze des Abstimmungsbereiches eine Anfrage an die polnische Regierung gestellt, auf welche diese geantwortet hat, daß si: die Nachricht als völlig unbegründet betrachte.

Aus Provinz und Nachbargebieten.

Neuer Roman. Mit dem heutigen Tage beginnen wir einen neuen Roman, der — so hoffen wir, das besondere Interesse, namentlich unserer Leserinnen finden wird. „Der Krieg des Meis“ ist spannend und lebhaft geschrieben und führt uns eine Schilderung vor Augen, die dem wirklichen Leben entnommen ist.

Ein Vogel. 5. Juli. Das seit kurzem hier von der Firma Schlaadt und Schwarz in Betrieb gelegte „Rohstoffe Dammschwer“ bedeutet für unsere industrielle Begründung einen wichtigen Fortschritt. Ein solches Unternehmen war schon lange ein großes Bedürfnis, zumal inmitten maloreichen Bezirke weit und breit kein ähnliches Werk vorhanden war, das die Möglichkeit bot, in greifbarer, bequemer Nähe rohes Holz direkt zu fertiger Schnittholz verarbeiten lassen zu können. So bleiben heute in die Wälder fallende Brachholzvosten äußerst minimal beschränkt, ganz abgesehen von den lohnenden Verdienstmöglichkeiten, die der einheimischen Arbeiterschaft zugute kommen. Die Einrichtung entspricht den allerneuesten Fortschritten und den höchsten Anforderungen der Technik. Zum Einrichten können täglich bis zu 40 Kettner Holz gelangen. Bei Verarbeitung eines solchen Quantums Holz an einem Tage ergibt sich ohne weiteres die vor treffliche Leistungsfähigkeit des Werkes, dessen Instandkommen unerlässlich ist und das Ansehen der Gründer erfordert.

Aus Bad Ems und Umgegend.

Tarifverhandlungen. Um die Tariffrage mit den Angehörigen der Bäder- und Brunnendirektion, die, wie schon gemeldet, am Freitag die Arbeit wieder aufgenommen haben, zu regeln, wird morgen Minister Braun nach hier kommen.

Kurtheater. Montag, den 12. Juli, gelangt der unverhoffte künstliche Schrank: „Der Kurs der Sabine“ von Franz und Paul von Schönthal zur Aufführung. Für die Hauptrolle, den Theatredirektor Emanuel Streiter ist Herr Direktor Alfred Helm als Bärt gewonnen worden, der für diese Rolle ein hervorragender Bärtreter ist. Die übrigen Rollen sind mit den Damen Brand, Walther, Büchsen und Böselow sowie mit den Herren Heinemann, Springer, Rennemann und Skal besetzt.

Kurtheater. „Almisch“ ist die rechtliche Bezeichnung für die terzlich und musikalisch vollendete unter allen unseren Operetten, die „Aledermann“. Eine anprechende Handlung, in der für Wit und Humor in gleicher Weise gesorgt ist, wie für den launischen Zufall. Ein im Sitzsack zu zwischen Ernst und Scher, Janigkeit und Schallheit, knallt'noes, auf Walzerzettel gesetztes launisches Geschöpf. Die Partitur ist in Bezug auf Instrumentation, Stimmbehandlung und feinsinnigste Silangwicklung schlechthin ein Meisterwerk. Die musikalische Leistung des Orchesters unter Leitung des Herrn Sandor war eine gute. Im ersten Akt war das Zusammenspiel der einzelnen nicht vollkommen, wurde jedoch im zweiten und dritten Akt besser. Die Theaterleitung wurde gut durchzuführen, die bestimmten Kräfte auch wirklich auftreten zu lassen. Es ist erstaunlich, daß bei einer Anzahl von Veränderungen, die erst in letzter Minute getroffen wurden, kein vollendetes Zusammenspiel möglich ist. Der Schluss des ersten Aktes wird durch das flotte Spiel von Hr. Baumert als Rosalinde und Hr. Häder als Alfred gereitet. Die beiden vorgenannten gaben eigentlich sowohl darstellerisch eine sehr gute Leistung. Herr Combert als Eisenstein wählte seine Rolle mit viel Geschicklichkeit vorzutragen. Der Prinz Orlon, der ursprünglich von Hr. Skal gefangen werden sollte, kam durch eine andere Begegnung ins Hintertreffen. Das Stabenmädel von Hr. Hartmann war eine lobenswerte Leistung. Boiler Frischheit und gesunden Humor verband sie es, ihrer Rolle die beste Seite abzugeben. Das Stück wurde durch ihr Spiel außerordentlich lebendig. Ausgezeichnet war immer war Herr Schlotthauer als Frisch. Er vertritt es, in eine Rolle viel persönliches zu legen, und so erhebliches zu leisten.

Aus Nassau und Umgegend.

Ein Stich. 12. Juli. Gestern fand hier das Bezirksturnfest des Unterlahnbezirks statt. Als Lebewesen waren vorgeschrieben: Stadtschützen, Freiwilligen, Singhosen, u. 100 Hr. L. L. Sieger wurden diejenigen, die 37 Punkte und mehr hatten, die Goldspitzenzahl die erreicht werden konnte war 80. Die größten Sieger waren: 1. Späth Karl, Nassau, 71 P. 2. Seibel Karl, Weinähr, 70 P. 3. Hemming Heinrich, Dies 68 P. 4. Jahn, Hr. Singhosen 67 P. 5. Rech Heinrich, Dies, 66 P. 6. Jahn, Heinrich, Singhosen 64 P. 7. Bauer A. Altenber, 63 P. 8. Adams, Karl, Limburg, 63 P. 9. Wolf, Karl, Weinähr 62 P. 10. Netzenbach, Hr. Rissau 61 P. 11. Bruchhäuser, H. 2. Dausenau 60 P. 12. Sizzi, Aug. Dies, 60 P. Die Endresultate im Handballwettspiel um den im vorigen Jahr geführten Wanderpreis waren folgende: Bad Ems 1. Singhosen 62:56 Punkte, Nassau-Nassau 2. Dausenau 1. 63:70 Punkte, Nassau-Nassau 1. Turnen: 1. Nassau 80:70 Punkte, Bad Ems 1. Dausenau 1. 8:83 Punkte. Nassau 1. Bad Ems 1. 110:105 Punkte. Der Wanderpreis wurde in diesem Jahr von dem Turn- und Sportverein „Nassau“, Nassau, gewonnen. — In Abrechnung dessen, daß die Aufnahme dieses Vereins in den Bau noch nicht erfolgt ist, und, daß die Spiele nicht rechtzeitig angemeldet wurden, ist vom Turnverein Bad Ems gegen das Spiel Protest eingereicht worden.

Letzte Nachrichten.

Eigener Nachrichtendienst der Diezer und Emser Zeitung.

Spa.

Simons, Stinnes und Hue.

Spa. 10. Juli. Die heutige Sitzung der Konferenz wurde nach 10:30 Uhr eröffnet.

Minister Dr. Simons erklärte, daß er der Alliierten nicht das Recht zu den beschäftigten Maßnahmen zu

geschenken könne, da ein höchstwürdiges Unterlassen Deutschlands bei der Richterhaltung der Kohlenlieferungen nicht vorliege. Maßregeln, die Deutschland wieder als Diktat aufgelegt werden sollten. Die deutsche Regierung habe beabsichtigt, für die mit der ganzen Welt verhandelte Frage im Zusammenhang stehende Kohlenfrage bestimmte Pläne vorzulegen, welche den berechtigten Ansprüchen nur besonders denen Frankreichs Rechnung tragen. Wir hätten es für zweckmäßig gehalten, wenn die ganze Frage von einer Sachverständigenkommission geprüft würde, neben der Deutschland noch drei andere Kommissionen vorschlagen würde, eine für die technische Frage der industriellen Leistungen an die Alliierten;

die zweite für die Frage des Wiederaufbaues der zerstörten Gebiete und

die dritte für die Wirtschaftsfragen und die der Finanzierung der deutschen Sach- und Arbeitsleistungen und der internationalen Geldfrage überhaupt.

Die Kohlenfrage sei von allen als schwierigste gesehen. Sie könne nur im Einvernehmen mit den Bergarbeitern und den Bergwerksbesitzern gelöst werden. Es hätte darum, die anwesenden Vertreter dieser beiden Gruppen zu Worte kommen zu lassen. Sie sprächen nicht im Namen der Regierung, sondern was sie hier sagten, sei ihre persönliche Ansicht und die Ansicht dieser, die sie vertreten.

Hugo Stinnes erhielt daran das Wort und führte im einzelnen aus, was bereits geschehen ist, um die Förderung von Kohlen zu erhöhen und was zur weiteren Erhöhung der Förderung noch in Aussicht genommen ist. Er wünschte ich in schärfer und eindrucksvoller Weise gegen die Drohung, daß die Entente bei Richterfüllung der von ihr gestellten Bedingungen ins Ruhrgebiet einmarschiere würde. Sie würde dann keineswegs eine vermehrte Förderung erzielen, sondern die Folgen würden sofort ein weitreichendes Herabfallen der Förderungsziffern sein. Die Leistungen des Bergbaus seien ohnehin durch die Bedingungen des gestern abgeschlossenen militärischen Abkommens außerordentlich erschwert, da es nur unter erheblichen Mühen möglich sei, die einzelnen Punkte zur Durchführung zu bringen.

Als Vertreter der Bergarbeiter erklärte Hue, daß die deutsche Bergarbeiterchaft, die schon entkräftet durch die langjährige Hungerblockade unter ungünstigen Verhältnissen lebe, sich entschlossen habe, die Mehrforderungen an Ruhle, die in erster Linie Frankreich zugute komme, durch Leistungen von Überrichen zu erfüllen. Die Arbeiterschaft Deutschlands sieht aber wie die Frankreichs, Englands und Amerikas auf dem Standpunkt, daß das entgegengesetzte Ziel die 6-Stundenschicht sei. Die ganze Abstimmung sei eine internationale Frage, die nur durch internationale Abmachungen gelöst werden könnte. Die Vertreter der deutschen Arbeiterschaft seien gerne nach Spa gekommen, um an dieser internationalen Aufgabe mitzuarbeiten. Die Alliierten sollten aber nicht glauben, daß sie Diplomaten am grünen Tisch irgend etwas feststellen könnten, wenn die Arbeiter nicht bereit wären, das auszuführen. Er erhoffte, daß die Alliierten ihnen Gelegenheit geben würden, in einer Sachverständigenkommission in abhängige Besprechungen einzutreten.

Die Sitzung wurde darauf auf 4 Uhr nachmittags beendet.

Die Abstimmung in Ost- und Westpreußen.

Mr. Marienwerder. 12. Juli. Die Abstimmung ist vollzogen und stellt sich als ein vollkommener Sieg des Deutschen. Bis 3 Uhr nachts lagen folgende Ergebnisse vor: verschiedene Meldungen und Teilergebnisse an denen sich jedoch im wesentlichen nichts ändert wird. Stadt Marienwerder 5982 deutsche Stimmen, 5144 polnische. Den Teilergebnissen zufolge haben sich 118 Gemeinden für Deutschland erklärt und 16 für Polen.

Mr. Königsberg. 12. Juli. Bis 3 Uhr nachts lagen aus dem Abstimmungsgebiet folgende Ergebnisse vor: Stadt Königsberg 4703 deutsche und 3 polnische. Im Kreise Löben (20 Bezirke stehen noch aus) 2892 deutsche und 9 polnische Stimmen. Das verhältnis Ergebnis 84 Wahlkreise 11.584 deutsche 20 polnische Stimmen; Orléansburg Kreis 25.524 deutsche 270 polnische Stimmen; Bischofsburg Stadt 34.000 deutsche, 49 polnische Stimmen. Markgräflerland g. 3913 deutsche, keine polnische Stimme. Löbau 21.585 deutsche, 1 polnische Stimme. Löderode Stadt und Kreis 27.000 deutsche, 300 polnische Stimmen. Allenstein Stadt 16.762 deutsche und 342 polnische Stimmen. Johannisburg 2.939 deutsche und 9 polnische. Kry 1.486 deutsche, keine polnische Stimme.

Polen zum Frieden bereit.

Mr. Wiedenbrück. 10. Juli. Das Ministerium des Innern richtete an die Konferenz in Spa eine Note, in der es heißt: Polen ist jeden Augenblick bereit, Frieden zu schließen nach den Grundsätzen des Selbstbestimmungsrechtes der Bevölkerung, die zwischen Polen und Russland wohnen. Das polnische Heer schlägt Europa vor der bolschewistischen Woge. Das polnische Volk steht zum Schutz seines heimischen Bodens auf. Polen braucht, wenn es zum weiteren Kampf gezwungen wird, die ausgiebige materielle und moralische Hilfe der Alliierten.

Aus dem Haushaltungsamtshaus.

Mr. Berlin. 10. Juli. Bei der Beratung des Staats des Reichsfinanzministeriums im Haushaltungsamtshaus des Reichstages erklärte Staatssekretär Möller, es werde mit aller nur denkbaren Energie gearbeitet, um die Steuererhebung vorwärts zu bringen. Beim Reichstag habe die Freiheit zur Declaracion jetzt begonnen. Es sei anzunehmen, daß diese Angelegenheit noch im Laufe des Jahres erledigt sein wird.

Spiel und Sport.

1. Fußball. 1. Mannschaft Sportverein Emmerhütte gegen 1. Mannschaft 99 Bad Ems. Ergebnis 1:0 Tor von

zu Gunsten von Sportverein Emmerhütte.

6000

Familien im Unterlahnkreis

— lesen täglich die —

Emser u. Diezer Zeitung

Es ist somit die Gewähr

gegeben, daß geschäftliche und private Anzeigen nur durch unsere Zeitung die weiteste Verbreitung finden.

Ein Hundertmillionen-Volk



Verlag: Deutscher Schubbund

W. LENZ

Die staatliche Macht Deutschlands war in den Jahrzehnten vor Ausbruch des Krieges zu vorher nie erreichter Größe gewachsen. Wir im Reiche vertrauten ihr blindlings. Vielen, den meisten von uns, schien der Begriff dieses deutschen Staates eins zu sein mit dem Begriff des deutschen Volkes. In berechtigtem Stolz auf Deutschlands Aufstieg, aber in der unberechtigt stolzen Einschätzung, daß die Macht des deutschen Staates allen Möglichkeiten gegenüber fest genug auf sich allein gegründet wäre, verabsäumten wir, uns der starken Macht hinreichend zu versichern, in unsere politische Rechnung diejenige Macht voll einzusetzen, die in der Tatsache lag, daß viele Millionen Deutscher über den ganzen Erdball verstreut lebten.

Sie waren — zum Teil durch eigene, zum größeren Teil durch unsere Schuld — Vergessene. Wie räumlich nah und wie trotzdem so fern waren uns die Millionen Deutscher in Österreich-Ungarn, gar nicht zu reden von den über alle Welt zerstreuten deutschen Volksgenossen, den Millionen in Amerika, in Russland, die ja — „Ausländer“ waren!

Wo lernte das Schulkind, wo wußte der erwachsene Deutsche, daß es neben den siebenzig Millionen im Reiche dreißig Millionen Deutsche außerhalb der Reichsgrenzen gab? Wo waren die Politiker, wo die Führer unseres Wirtschaftslebens, die diese dreißig Millionen bewußt in den Kreis deutscher Weltbetrachtung gestellt hätten? Wer von uns wußte die Bedeutung und den Einfluß der Deutschen in fremden Staaten richtig einzuschätzen und wer versuchte, diesen Einfluß dienstbar zu machen, um uns andere Völker geistig, wirtschaftlich und politisch nahezubringen? Wer im Reiche bekümmerte sich vor dem Kriege um den Kampf der deutschen Volksgemeinden in der Welt für die Erhaltung ihrer deutschen Art und Sprache?

In Deutschland dachte niemand daran, das deutsche Hundertmillionenvolk in aller Welt zu einer einzigen Gemeinschaft, zu einem einzig Volk von Brüdern innerlich zusammenzuschweißen und so Einflußmöglichkeiten zu schaffen, die weiter gereicht und weniger aufreizend gewirkt hätten als die staatliche Macht des alten Reiches.

Andere Völker haben diese Möglichkeiten besser zu nutzen verstanden als wir. Keines hat sie so restlos erschöpft wie das heimatlose Zwölftmillionenvolk der Juden. Diese, seit Jahrtausenden aus ihrem Stammelande vertrieben, zerstreut und verfolgt, haben sich durch zähes Festhalten an den Hochgütern ihres Volkes, durch gegenseitige Hilfe und vorbildliche Solidarität eine Machtposition errungen, mit der alle, auch ihre Gegner, rechnen müssen. Mag und soll der einzelne Deutsche hierüber denken, wie er will. Eines aber könnte er gerade aus dem Schicksal der Juden begreifen: höher als der Staat steht das Volk! Wir müssen es lernen, uns als Volk, als Gemeinschaft zu fühlen, wir müssen es wissen, daß auch der Deutsche außerhalb der Grenzen einer von uns ist. Und das alles um so mehr, als die staatliche Macht Deutschlands unter dem Unsturm der Gegner aus allen Erdteilen nach fast fünfjährigem Ringen zusammengebrochen, als Deutschland heute den siegreichen, in machtvoller

Rüstung starrenden Gegnern preisgegeben ist. Große Teile sind vom Reiche losgerissen, Millionen Deutsche sind fremder Herrschaft ausgeliefert worden. Sind sie deswegen nicht Deutsche geblieben?

Die Gegner Deutschlands, die, anders geartet als wir, während des Krieges „Reichsdeutsche“ und „Auslandsdeutsche“, auch wenn leßtere Bürger ihres Staates waren, unterschiedslos verfolgten, haben uns unter dem Vorgeben, Recht zu sprechen, einen Frieden aufgezwungen, der uns auf ewig erniedrigen soll. Aber sie sollen sich verrechnet haben. Sie selbst haben uns die Waffen geliefert, deren Anwendung uns auf die Dauer hin als Volk erhöhen kann und muß. Wir im Reiche, im Gefühl und Denken innigst verbunden mit den deutschen Brüdern draußen, müssen diese Waffen — sie heißen Selbstbestimmungsrecht und Minderheitenschutz — nur gebrauchen lernen! Der Wille dazu ist vorhanden. Ein Erwachen geht durch alle Deutschen der Welt. Die Verfolgten und Bedrückten der letzten Jahre fühlen sich, wie einst die Juden, als eine Elendbruderschaft. Der Drang nach Zusammenschluß ist lebendig wie nie zuvor. Zahllos sind die deutschen Vereinigungen, Bünde und Arbeitsgemeinschaften, die überall entstehen. Und das große Ziel, diese Vereine und Gemeinschaften in den verschiedenen Ländern untereinander und zugleich mit dem Volke in der alten Stammesheimat in Verbindung zu bringen, ist erkannt. Seine Verwirklichung ist begonnen. 61 der bedeutendsten Verbände im Inland, im Grenz- und Ausland haben sich zu einem „Deutschen Schutzbund“ zusammengeschlossen, dessen Aufgabe es jetzt ist, den Gedanken der deutschen Volksgemeinschaft auszubreiten und zu vertiefen, die einzelnen Gruppen in enge Beziehungen zu bringen, die Arbeit, die in diese Richtung geht und von verschiedenen Seiten geleistet wird, zu vereinheitlichen und so die vorhandenen Kräfte durch Zusammenfassung zu steigern.

Das Endziel liegt in weiter Ferne. Aber es gibt auch Aufgaben zu erfüllen, die in nächster Nähe liegen. 3 Millionen Deutsche sind im Augenblick in Gefahr, zu ihren Leidensgenossen unter fremde, deutschem Volkstum feindliche Staatshoheit geprägt zu werden. Sie, über deren Schicksal nach dem Friedensvertrag durch Volksabstimmung entschieden wird, gilt es zu retten, sofort zu retten.

Für den Deutschen Schutzbund hat es eine außergewöhnliche Vertrauenskundgebung bedeutet, daß ihm im Reichsinnern die Arbeiten für die Volksabstimmungen in Schleswig, Ost- und Westpreußen und Oberschlesien übertragen worden sind. Eine ehrenvolle Bestätigung hat dieser Auftrag dadurch gefunden, daß am 16. Dezember vorigen Jahres die Deutsche Nationalversammlung und Preußische Landesversammlung sich mit ihrer ganzen Autorität hinter den Deutschen Schutzbund gestellt haben.

Die Volksabstimmungen, die uns in Versailles aufgezwungen worden sind, sind ein Prüfstein für die politische Reife unseres Volkes. Es geht um unermäßliche Werte, materielle wie moralische. Die moralischen kennzeichnet das „Korrespondenzblatt des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes“ mit folgenden Sätzen: „Es kann ruhig gesagt werden, daß hier noch einmal um das Ansehen des deutschen Volkes gerungen wird. Zeigt sich bei dieser Abstimmung Flauheit und Gleichgültigkeit, so ist das für die Entente ein sicherer Beweis, daß sie dem deutschen Volke auch fernerhin alles bieten kann.“ Der materielle Wert der Abstimmungsgebiete stellt sich in

folgenden Zahlen dar: Sie haben $3\frac{1}{2}$ Millionen Einwohner, und das Land ernährt nicht nur diese, sondern auch $6\frac{1}{2}$ Millionen Menschen im Reichsinnern.

Überlegt, was das heißt!

Dazu kommt, daß über die Hälfte aller Kohlenschäze Deutschlands im Schoße Oberschlesiens ruht.

Bedenkt auch, was das bedeutet!

Aber die Abstimmungsgebiete sind nicht nur reiches, sie sind vor allem deutsches Land, durch deutschen Fleiß und Geist blühend und groß, von einer Mehrheit bewohnt, die deutsch ist in Blut, deutsch wenigstens in Sprache und Sitte. Deutsche sind es, die jetzt im Osten vor polnischer Herrschaft, vor Polenhäß und polnischem Elend bangen. Deutsche sind es, die bei alledem voll Vertrauen auf uns im Landinnern blicken. Von hier kann Hilfe kommen, hier sind die Hunderttausende von Stimmen, die die erlösende Entscheidung bringen sollen. Die Stimmberchtigten, übers ganze Reich Verstreut, wollen kommen und wollen helfen und retten. Aber die große Masse kann nicht kommen, wenn nicht das ganze Volk die Millionen freiwillig zusammenschart und trägt, um ihnen Fahrt, Herberge und Wegzehr zu zahlen.

Die ersten Rufe sind nicht ungehört verhallt. Große Geldmittel sind schon beisammen. Und die fernsten Brüder — mit heißem Dank erkennen wir es an — haben die reichste Hilfe geleistet. Aber noch sind wir nicht gerüstet genug, das Werk zu vollenden.

Zehntausende haben wir nach Schleswig geschickt, haben gerettet, was zu retten möglich gewesen. Über hunderttausend Deutsche wollen in den nächsten Tagen nach Ost- und Westpreußen eilen, um ihre Heimat, um Eltern, Brüder und Schwestern den gierig ausgestreckten Händen der Pole zu entreißen. Die nächsten und billigsten Wege dorthin will der Pole uns verrammeln. Umwege, die ein Vielfaches an Aufwand erfordern, selbst wenn nur die für die deutsche Stimmenmehrheit unerlässliche Zahl von Stimmberchtigten in Marsch gesetzt wird, werden nötig. Aber der Sieg ist uns sicher, wenn dieser Aufwand nicht gescheut zu werden braucht.

Und sind Ost- und Westpreußen gerettet, so entbrennt der heißeste Endkampf um Oberschlesien. Hunderttausende von Helfern in Ost und West, in Nord und Süd des Reiches drängen in die oberschlesische Heimat, wollen stimmen, wollen retten. Will das Hundertmillionenvolk der treuen Schar die Hilfe verweigern, die es zu diesem deutschen Kreuzzug nötig hat? Nimmermehr!

Helft auch Ihr, deutsche Brüder und Schwestern! Ihr habt oft für geringere Ziele geopfert. Greift um des hohen Ziels willen, um das es heute geht, noch einmal in die Tasche. Gebt auch um Euer selbst willen. Die einmalige freiwillige Steuer, die Ihr Euch durch Eure Grenz-Spende auferlegt, — Banken, Sparlässe, jede Postanstalt (Postcheckkonto: Berlin Nr. 73 776) und tausend Tageszeitungen nehmen sie entgegen — bewahrt Euch vor größeren, immer wiederkehrenden Steuern, die der Verlust der deutschen Grenzländer im Osten mit Naturnotwendigkeit zur Folge hätte.

Die erste große, entschlossene Tat, vor die jetzt das ganze Volk gestellt ist, wird dem ganzen deutschen Hundertmillionenvolk über den Einzelerfolg hinaus zum Segen werden!

Deutscher Schutzbund Berlin NW 52.
